Rhein- Kreis Neuss

Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion

Dieter W. Welsink

zum Kreishaushalt 2016/ 2017

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushaltsplan ist ein Mittel zur **Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Zukunft**. Gestatten Sie mir dennoch zunächst einen kurzen Rückblick. Ist doch der Haushalt 2016/2017 der erste Haushaltsplan unseres mit einem tollen Ergebnis wiedergewählten Landrats.

Mit einer eindrucksvollen Mehrheit von über 60 % der Stimmen haben die Wähler vor genau sechs Monaten am 13. September 2015 unseren Landrat **Hans-Jürgen Petrauschke** in seinem Amt bestätigt. Wir hätten uns nur eine höhere Wahlbeteiligung gewünscht.

Gleichwohl ist das Wahlergebnis ein überzeugender **Vertrauensbeweis** für Hans-Jürgen Petrauschke und für die Gestaltungskraft der CDU im Rhein-Kreis Neuss.

Die Wähler haben sehr wohl erkannt, dass der Landrat tatkräftig und mit klugem Urteil die Interessen des Kreises vertritt und nicht balancieren muss zwischen wechselnden Standpunkten in Düsseldorf und Neuss.

Wir sehen in dem guten Wahlergebnis eine Verpflichtung, **gemeinsam mit Landrat Petrauschke und mit unserem Koalitionspartner FDP**, auch künftig eine verantwortungsvolle Politik für die Menschen im Kreis Neuss zu betreiben. Wenn wir nach dem Streit um die besten Lösungen hier im Kreistag auch breitere Mehrheiten finden - umso besser! Insofern freuen wir uns immer wieder über die Unterstützung der UWG oder sogar über gemeinsam gefundene Lösungen.

Doch nun zum **Haushalt**:
Eigentlich sollte es in diesem Jahr leicht fallen, Kreis- und Gemeindehaushalte aufzustellen. Die boomende Wirtschaft in Deutschland beschert allen drei staatlichen Ebenen Spitzenwerte bei den Steuereinnahmen: Der **Bund** erzielt eine „Schwarze Null“ und kann sogar eine kleine Rücklage für die Flüchtlingshilfe in 2016 bilden.

Einige **Bundesländer** erzielen Überschüsse und tilgen alte Schulden. Auch Nordrhein-Westfalen hat höchste Steuereinnahmen. Die **Umlagegrundlagen** – Spiegelbild des kommunalen Steueraufkommens – waren im Rhein-Kreis Neuss noch nie so hoch wie in diesem Jahr, ein Plus von 9 % gegenüber 2015.

Und doch können die **Städte und Gemeinden** im Rhein-Kreis Neuss ihre Haushalte nicht ausgleichen. Teilweise stecken sie im Haushaltssicherungskonzept oder fallen sogar unter die Kriterien des sog. Stärkungspaktes.

Die Städte und Gemeinden in NRW sind für die vielfältigen gesetzlichen Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, vor allem im Bereich der Sozialleistungen, **krass unterfinanziert**. Darüber besteht hier im Kreistag wohl Einigkeit.
Das Land, das hier in der ersten Verantwortung steht, müsste entlastend tätig werden.

Stattdessen vollzieht sich eine **Belastung der kommunalen Ebene und zwar in drei Stufen, auf die ich kurz eingehen möchte**:

- Die erste Stufe ist die **unzureichende Ausstattung des Gemeindefinanzausgleichs** in NRW. Wohl wurde hier erstmals eine Gesamtsumme von über 10 Mrd. Euro bereitgestellt. Das ist aber keine landesherrliche Wohltat, sondern Folge der guten Steuereinnahmen.

  Wahr ist aber eben auch, dass das Land den **Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern** von einst 28,5 % auf inzwischen nur noch 23 % verringert hat. Das bedeutet für die Kommunen Mindereinnahmen in Milliardenhöhe und hat maßgeblich zu ihrer Verschuldung beigetragen.

  Erst am letzten Freitag (11.März) hat der Bund der Steuerzahler bei einer Anhörung im Landtag dringlich gefordert, den Verbundsatz wenigstens um 2 %-Punkte anzuheben, um den verschuldeten Städten Luft zu verschaffen.

- Die zweite Stufe ist die krass **ungerechte Verteilung der GFG-Mittel** zwischen den großen Städten und dem kreisangehörigen Raum. Bezogen auf die Bevölkerung bekommen Krefeld und Mönchengladbach das 11-fache, Duisburg sogar das 16-fache an Schlüsselzuweisungen im Vergleich zum Rhein-Kreis Neuss.

  In diesem Jahr leidet unser Kreis besonders: Von 26 Mio. Euro im Vorjahr **sinken die Schlüsselzuweisungen** um 9 Mio. auf nur noch 17 Mio. Euro. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, dass das System des GFG überholt ist und an den Realitäten vorbeigeht.

- Die dritte Belastungsstufe ist der sog. **Kommunale Stärkungspakt**. Sogar Städte und Gemeinden, die teilweise im Haushaltssicherungskonzept stecken, werden zu einer Zwangsabgabe herangezogen.

- Das krasseste Beispiel ist unsere **Stadt Grevenbroich**: Selbst mit strukturellen Defiziten belastet und weit von einem Haushaltsausgleich entfernt, muss Grevenbroich 2,8 Mio. Euro an den kommunalen Stärkungspakt abführen. Meerbusch muss 2 Mio. zahlen und Neuss 2,2 Mio. Euro.

  Das alles mag nach einer mathematischen Formel richtig gerechnet sein. Das Ergebnis kann man aber niemandem erklären. Für Grevenbroich ist das eine unvertretbare Schwächung der eigenen Bemühungen, wieder auf eigene Füße zu kommen.

  Man kann nur wünschen, Herr Thiel und Herr Markert, dass das Land von diesem System der Zwangsabgaben wieder abrückt, wie das am Freitag bei der Anhörung im Landtag von nahezu allen Experten und Spitzenverbänden gefordert wurde.

Für den Kreis bedeuten diese Rahmenbedingungen trotz guter Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden eher **schwierige Rahmenbedingungen für die Erstellung des Haushalts**. Das zeigen auch die Diskussionen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

Eckwerte Kreishaushalt 2016/ 2017

Unsere Haushaltsberatungen waren in diesem Jahr belastet durch deutlich sinkende **Schlüsselzuweisungen** des Landes an den Rhein-Kreis Neuss: Minus 35%! Gleichzeitig ergaben sich deutliche **Mehrbedarfe** von insgesamt 21,5 Mio. Euro, insbesondere im sozialen Bereich.

Dazu zählen beispielsweise eine höhere Umlage an den Landschaftsverband Rheinland von 8,9 Mio. Euro und höhere Sozialaufwendungen von 5,3 Mio. Euro. Bei einer stabil bleibenden Kreisumlage von aktuell 39,8% ergibt sich damit – trotz Mehreinnahmen von 22,3 Mio. Euro aufgrund von steigenden Umlagegrundlagen – eine **Finanzierungslücke von 8,5 Mio. Euro**.

Ausgleichsrücklage

Meine Damen und Herren, anders als die Haushaltspolitik von SPD und Grünen auf Landesebene ist die Finanzpolitik von CDU und FDP hier vor Ort solide und zukunftsorientiert.

In der Abwägung – auch nach dem Schreiben der Bürgermeister vom 09. März 2016 - sind wir zu dem Ergebnis gekommen, die **Ausgleichsrücklage** nicht für die Haushaltsplanung in Anspruch zu nehmen. In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen wäre dies weder vernünftig noch vorausschauend.

Für CDU und FDP kommt die Nutzung eines verpuffenden Einmaleffektes nicht in Betracht. Dabei sind wir uns einig mit Bürgermeister Breuer von Neuss, der dem weiteren Verzehr von Eigenkapital eine klare Absage erteilt hat, Zitat: „Nur mit soliden Finanzen bleibt man dauerhaft handlungsfähig“, so Breuer am 07. November 2015 in der NGZ.

<u>Kommunalfreundlicher Kreishaushalt</u>

Meine Damen und Herren, der Kreishaushalt 2016/ 2017 ist insgesamt ausgewogen, er ist städte- und gemeindefreundlich:

- Aufgrund der guten Erfahrungen mit dem Haushalt 2014/ 2015 haben CDU und FDP beschlossen, erneut einen **Doppelhaushalt** für die Jahre 2016/ 2017 zu verabschieden. Dieser wird auch dieses Mal für Planungssicherheit bei unseren Städten und Gemeinden sowie all unseren Sozialpartnern sorgen. Ich begrüße es sehr, dass auch die UWG Vorteile in einem Doppelhaushalt sieht.

- Ich freue mich, dass es uns – gemeinsam mit Landrat Hans-Jürgen Petrauschke – gelungen ist, die **Kreisumlage** weniger stark anzuheben als ursprünglich gedacht. Anstatt 40,95% wird sie nun 40,75% betragen. Damit können wir sowohl unsere Finanzierungslücke von 8,5 Mio. Euro schließen als auch zusätzliche Belastungen für unsere Städte und Gemeinden vermeiden.

Zusätzlich sagen wir zu:

- Für den Fall, dass sich im Haushaltsvollzug finanzielle **Verbesserungen** beim Rhein-Kreis Neuss ergeben, werden diese 1:1 an die Städte und Gemeinden weitergegeben.

- Für den Fall, dass sich im Haushaltsvollzug finanzielle **Verschlechterungen** ergeben, wird der Rhein-Kreis Neuss versuchen, diese alleine zu tragen. Das finanzielle Risiko liegt also beim Kreis, und nicht bei den Städten und Gemeinden.

- Bei der Umlage an den **Landschaftsverband Rheinland** (LVR) werden wir ähnlich verfahren: Falls die Umlage sinkt oder teilweise nicht erhoben wird, werden die Verbesserungen des Kreises ebenfalls an unsere Städte und Gemeinden weitergegeben.

- Die **Entschuldung** des Kreises sorgt für eine weitere Entlastung durch erhebliche Zinseinsparungen, die etwa einem Prozentpunkt Kreisumlage entsprechen – und das jedes Jahr. Sie hat, auch wenn manche dies nicht wahrhaben wollen, entlastende Wirkung auf die Kreisumlage.

Schuldenabbau

Die Entschuldung des Kreises ist nämlich ein großer Erfolg unserer gemeinsamen Politik von CDU und FDP. Auch hier handeln wir solide und zukunftsorientiert.

Fakt ist: Betrug der **Schuldenstand** in 2002 noch 130,5 Mio. Euro, wird er in 2017 nur noch 36,7 Mio. Euro betragen. Ein Schuldenabbau von 72%! Wir wollen langfristig ohne neue Schulden auskommen.

SPD und Grüne machen auf Landesebene immer noch neue Schulden, CDU und FDP bauen die Schulden auf Kreisebene immer weiter ab.

Sparsamer Kreishaushalt

Dennoch:
Aufgrund der starken finanziellen Zwänge, denen der Rhein-Kreis Neuss ausgesetzt ist, haben wir **keine neuen freiwilligen Aufgaben und Ausgaben** beschlossen. Wir legen damit einen **sparsamen Kreishaushalt** vor.

Demgegenüber möchten andere Fraktionen in diesem Kreistag die freiwilligen Aufgaben des Kreises spürbar ausweiten und gleichzeitig pauschale Kürzungen in Millionenhöhe verabschieden, ohne zu sagen, wie diese Kürzungen erwirtschaftet werden sollen. Das sind Schein- oder besser Showanträge, mit denen man keine ernsthafte Politik machen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren. CDU und FDP üben jedoch nicht nur Haushaltsdisziplin, sondern legen ebenso Wert darauf, dass unsere Städte und Gemeinden nicht zusätzlich belastet werden. Das ist verlässlich Haushaltspolitik.

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss boomt! Die Landesämter bestätigen uns, dass unsere Wirtschaft zu den produktivsten und wirtschaftlich stärksten Standorten in ganz Nordrhein-Westfalen gehört. Geht es nach dem BIP je Erwerbstätigen sind wir sogar der **wirtschaftsstärkste Landkreis in NRW**.

Die CDU-Fraktion steht dafür, dass wir die **Konjunkturlokomotive** in Nordrhein-Westfalen bleiben. Die rot-grüne Landesregierung gefährdet jedoch unsere Spitzenpositionen mit falschen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einer deutlich industrie- und investitionsfeindlichen Wirtschaftspolitik. Hier einige Beispiele:

- Die **Braunkohle** wird ein wesentlicher Bestandteil einer sicheren, kostengünstigen und grundlastfähigen Energieversorgung bleiben. Insbesondere bei den stofflichen Nutzungsmöglichkeiten für die chemische und petrochemische Industrie sehen wir große Chancen für unsere Region. Wir begrüßen, dass RWE hier zukunftsorientiert arbeitet. Davon konnten wir uns letztens im Kreisausschuss auf Initiative von CDU und FDP überzeugen.

- SPD und Grüne müssen auf Landesebene endlich ihren **Koalitionsstreit** zur Zukunft der Braunkohle beenden, damit wir hier vor Ort nicht immer wieder verunsichert werden, sondern in Ruhe ausbilden und arbeiten können.

- Zum Thema **Quecksilber**: Die Landesregierung hat wiederholt bestätigt, dass keine gesundheitlichen Gefahren für die Bevölkerung im Rhein-Kreis Neuss bestehen. Zuletzt Umweltminister Johannes Remmel im Januar 2016.

  Dennoch hat Herr Markert dieses Thema maßgeblich vorangetrieben und skandalisiert. Meine Fragen an Sie:
  - Trauen Sie den Messungen Ihrer eigenen Landesregierung nicht?
  - Oder kannten Sie die Messergebnisse womöglich gar nicht?

  Es war richtig, dass Sie Ihren Antrag nach langem Hin und Her endlich zurückgezogen haben.

  Es ist nun bereits das zweite Mal, dass Sie einen Rückzieher wegen angeblicher Gesundheits- und Umweltgefährdungen machen müssen. Ich erinnere an 2011, als Sie öffentliche Vermutungen anstellten, aus dem Forschungszentrum Jülich seien „Atomkugeln“ verschwunden.

  Meine Bitte: Lassen Sie uns gerne in der Sache diskutieren, aber bitte ohne Skandalisierung und auf einer sachlichen Basis.

  Und weiter:

- Sowohl im **Landesentwicklungsplan als auch im Regionalplan** müssen deutlich mehr Gewerbeflächen aufgenommen werden! Unsere wirtschaftliche Entwicklung wird durch die restriktive Flächenpolitik der

rot-grünen Landesregierung erheblich eingeengt. Die Bereitstellung von Flächen ist jedoch für wirtschaftliches Wachstum, auch in unserer Region, eine unverzichtbare Voraussetzung.

- Seit Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung hat NRW 3.500 ha Industrie- und Gewerbeflächen verloren – das ist nichts anderes als **De-Industrialisierung**!, meine sehr verehrten Damen und Herren. Rot-Grün gefährdet damit auch unseren starken Wirtschaftsstandort Rhein-Kreis Neuss. Anstatt einer wirtschafts- und industriefeindlichen Politik brauchen wir eine Politik, die unserer Wirtschaft Chancen und Entwicklungsperspektiven gibt!

- Die Integration des **Klimaschutzplans** in die Landesplanung sorgt ebenfalls für Verunsicherung unserer Wirtschaft und führt zu großer Investitionszurückhaltung. Die Verknüpfung von Klimaschutz und Raumplanung ist hoch gefährlich, gerade für unseren Industriestandort Rhein-Kreis Neuss. Die Landesregierung muss hier dringend umsteuern und nicht – wie Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) – unserer Industrie auch noch mit Zwangsmaßnahmen drohen!

- Mit dem geplanten **Landesnaturschutzgesetz** hat die rot-grüne Landesregierung auch unserer heimischen Landwirtschaft den Kampf angesagt. Das neue Gesetz führt zu mehr Bürokratie, einer Benachteiligung unserer Landwirte und einer deutlichen Verknappung von wertvollen Ackerböden. Das bestätigen im Übrigen alle Landwirtschafts- und kommunalen Spitzenverbände.

- Auch wenn SPD und Grüne dagegen gestimmt haben, werden CDU und FDP den **Breitbandausbau** im Rhein-Kreis Neuss weiter vorantreiben,

insbesondere in ländlichen und in Gewerbegebieten. Ich danke auch der UWG für ihre damalige Unterstützung und Initiativen.

Breitbandausbau und Digitalisierung bedeuten mehr **Wachstum und Arbeitsplätze**, auch in unserem Rhein-Kreis Neuss. Schade, dass die rot-grüne Landesregierung hier einen erheblichen Investitionsstau verursacht und die vielen Chancen, die die Digitalisierung mit sich bringt, nicht erkennt. Das Land müsste deutlich mehr in den Ausbau des schnellen Internets investieren. Davon würden auch wir hier vor Ort profitieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen:

- Mit ihrer falschen Wirtschaftspolitik riskiert die Landesregierung einen Strukturbruch und macht es unseren Städten und Gemeinden schwer, neue Unternehmen in unserem Rhein-Kreis Neuss anzusiedeln.

- Demgegenüber möchten CDU und FDP hier vor Ort den Strukturwandel nicht gegen unsere Wirtschaft von oben aufzwingen, sondern gemeinsam mit unseren Unternehmen nachhaltig und vorausschauend gestalten.

- Denn für uns steht fest: Eine erfolgreiche und prosperierende Wirtschaft ist die Grundlage für Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit im Rhein-Kreis Neuss.

- In der Wirtschaftsförderung müssen wir uns in Zukunft noch stärker engagieren, um gegen die Steine, die uns die Landesregierung in den Weg legt, anzukommen und um unsere wirtschaftliche Spitzenpositionen langfristig zu erhalten.

Beschäftigungsförderung

Meine Damen und Herren, zu Beginn des Jahres 2016 hatten wir eine **Arbeitslosenquote von 5,9%** erreicht. Damit lagen wir nicht nur unter dem Vorjahreswert, sondern auch deutlich unter dem Bundes- und Landesschnitt. Ein großer Erfolg unseres Wirtschafts- und Industriestandortes, in dem alle Player von der Arbeitsvermittlung bis zur Wirtschaftsförderung Hand in Hand arbeiten, um Menschen in Arbeit zu bringen. Das ist im Übrigen nicht nur Wirtschaftspolitik, sondern beste präventive Sozialpolitik!

Für die Zukunft haben wir uns das Ziel gesteckt, die Arbeitslosigkeit noch weiter zu reduzieren. Dabei wollen wir an mehreren Stellen ansetzen:

- Die Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit von Jugendlichen** hat für uns weiterhin eine hohe Priorität. Kein junger Mensch soll seine berufliche Laufbahn mit Hartz IV beginnen, sondern seine Stärken, Chancen und Potenziale auf dem Arbeitsmarkt nutzen. Junge Menschen müssen eine echte Chance im Leben bekommen.

- Das 2014 beschlossene **„Soziale Handlungskonzept“** war ein großer Erfolg: Die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen ist heute auf einem Tiefstand. Es herrscht praktisch Vollbeschäftigung!

  Ein Beispiel: Im September 2015 ist die Jugendarbeitslosigkeit um 20,4% gegenüber dem Vorjahresmonat zurückgegangen. Deutschlandweit betrug der Rückgang lediglich 8,3%. Für ganz NRW ist die Statistik jedoch vernichtend: „Überdurchschnittlich viele Jugendliche sind in NRW seit einem Jahr oder länger ohne Arbeit“ titelte die NGZ am 27. Februar 2016.

- Durch die Abschaffung des Werkstattjahres hat sich die rot-grüne Landesregierung bei der Begleitung von Jugendlichen mit Startschwierigkeiten aus der Verantwortung gestohlen. Wir begrüßen, dass Landrat Hans-Jürgen Petrauschke – auch zur Entlastung unserer Städte und Gemeinden - die Verantwortung übernommen hat und 36 Plätze in der **Produktionsschule**, der Nachfolgerin des Werkstattjahres, mit Mitteln aus dem Kreishaushalt (130.000 Euro) finanziert hat.

  Nach Auskunft der Verwaltung ist die Motivation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Produktionsschule deutlich höher als beim früheren Werkstattjahr des Landes. Erfreulich ist zudem, dass viele Schülerinnen und Schüler die gute Aussicht haben, erstmalig einen Schulabschluss zu erwerben.

- Meine Damen und Herren, anerkannte **Flüchtlinge** müssen wir so schnell wie möglich in Ausbildung und Arbeit vermitteln. Als CDU-Fraktion begrüßen wir, dass Landrat Hans-Jürgen Petrauschke dazu bereits im letzten Jahr das Gespräch mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, der IHK, der Handwerkskammer und anderen Akteuren gesucht hat, um geeignete Maßnahmen und Konzepte zu finden.

- Einen wichtigen Beitrag leisten die so genannten **„Integration Points“** in Neuss und Grevenbroich, die die Kompetenzen von verschiedenen Ämtern und Adressaten bündeln und sowohl für Flüchtlinge als auch für Unternehmen als einheitlicher Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Im Rhein-Kreis Neuss haben wir damit die richtigen Grundlagen für eine gelingende Arbeitsmarktintegration gelegt.

Soziales

Das beherrschende Thema der vergangenen Wochen und Monate im sozialen Bereich war sicherlich die **Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge**. Vorweg möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung danken, die sich an vielen Tagen, Abenden und Wochenenden, oftmals ehrenamtlich, für die Flüchtlinge engagiert haben. In diesem Kreistag besteht sicherlich Konsens, dass hier hervorragende Arbeit geleistet wurde.

Im Einzelnen:

- Der Rhein-Kreis Neuss musste im Wege der Amtshilfe eine Notunterkunft mit 300 Plätzen einrichten. Ich freue mich, dass Landrat Petrauschke dafür gesorgt hat, dass die **Erstaufnahme**, die **Registrierung** und die **medizinische Untersuchung** der Flüchtlinge gebündelt und einheitlich in der Notunterkunft vorgenommen wurden.

- Dieses System ist nicht nur effizient, sondern entlastet gleichzeitig unsere Städte und Gemeinden. Landesweit gilt dieses Modell übrigens als vorbildlich (NGZ, 13. Oktober 2015).

- Wie der Kreis, müsste auch die Landesregierung unsere Städte und Gemeinden entlasten, indem sie die **Flüchtlingskosten** endlich schnell und vollumfänglich erstattet. Unsere Kommunen bleiben immer noch auf einem großen Teil ihrer Kosten sitzen.

- Unsere sinkende Arbeitslosigkeit trägt auch dazu bei, dass die **Armutsquote von Kindern** im Rhein-Kreis Neuss unterdurchschnittlich niedrig ist. Dies bestätigt eine aktuelle Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Der Rhein-Kreis Neuss erreicht den relativ

günstigen Wert von 14,6%. Noch immer zu viel, aber unsere kommunale Sozialpolitik ist hier auf dem richtigen Weg.

- Trotz geringer Arbeitslosenquote und guten Vermittlungszahlen des Jobcenters bleibt die Zahl der **Bedarfsgemeinschaften** im Rhein-Kreis Neuss auf einem relativ konstanten Niveau (ca. 15.000). Das stellt uns nicht zufrieden. Im Gegenteil: Unser Ziel ist es, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften deutlich zu senken.

- Es ist erfreulich, dass der Rhein-Kreis Neuss als Wohn- und Arbeitsort so attraktiv ist, dass immer mehr Menschen zu uns ziehen. Das Angebot an **bezahlbaren Wohnraum** wird dadurch jedoch immer knapper. Gleichzeitig steigen die Mietpreise beim vorhandenen Angebot.

Als CDU-Fraktion begrüßen wir, dass Landrat Hans-Jürgen Petrauschke das Thema frühzeitig erkannt hat und einen **„Wohnungsgipfel“** mit allen beteiligten Akteuren einberufen wird. Ziel der Gespräche muss es sein, Lösungen für mehr bezahlbaren Wohnraum im Rhein-Kreis Neuss zu finden. Auch wenn wir in diesem Jahr den **grundsicherungsrelevanten Mietspiegel** überarbeiten, möchte ich dennoch betonen, dass eine Anhebung des Mietspiegels nicht zu mehr bezahlbarem Wohnraum führen wird. Erforderlich ist vielmehr, dass ein ausreichendes Angebot an Bauland im Rhein-Kreis Neuss zur Verfügung steht.

- Die **soziale Lage** im Rhein-Kreis Neuss ist stabil. Dies ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen, zukunftsgerichteten Bedarfsplanung in der stationären und ambulanten Pflege.

- In diesem Jahr werden wir die Seniorenpolitik im Rhein-Kreis Neuss aktualisieren, indem wir den **Silbernen Plan** fortschreiben. Die Vorarbeiten sind unter anderem in der Kommission Silberner Plan gut

vorangeschritten, sodass wir das von der CDU initiierte Erfolgsmodell des Silbernen Plans erneut an die neuen Bedürfnisse unserer älteren Mitmenschen anpassen können. Neue Wohnformen, der Gedanke des Quartiers, der Vorrang der ambulanten, selbstbestimmten Versorgung werden untersucht und lassen neue Erkenntnisse mit praktikablen Möglichkeiten erwarten.

Jugend und Familie

Unser Rhein-Kreis Neuss ist ein **familienfreundlicher Kreis**:

- Die Geburtenrate steigt.
- Immer mehr junge Familien ziehen in den Rhein-Kreis Neuss.

Unsere Familienfreundlichkeit wollen wir erhalten und weiter ausbauen.

- Um die steigende Nachfrage nach **Kita-Plätzen** abzudecken, werden wir unser Angebot erweitern und mehr für die Kindertagespflege werben.

- Unsere **Jugendfreizeiteinrichtungen** sind so gut besucht, dass wir diese stärken und aufwerten wollen. Junge Menschen können hier nicht nur Kontakte knüpfen, sondern auch über ihre Sorgen und Probleme berichten und Ratschläge einholen.

Schule und Bildung

Es ist erfreulich, dass die Schülerzahlen im Rhein-Kreis Neuss stabil bis leicht steigend sind.

- Daher ist es richtig, unsere **Berufsbildungszentren** (BBZ) weiter zu stärken und nicht, wie die Grünen, in Frage zu stellen. Unsere Schwerpunktbildungen sind zukunftsweisend, und werden wir weiter vorantreiben.

- Unsere BBZ leisten einen wichtigen Beitrag bei der Integration der schulpflichtigen Flüchtlingskinder, den so genannten **„Seiteneinsteigern“**. Wir müssen den Flüchtlingskindern so schnell wie möglich die deutsche Sprache vermitteln und ihnen den Zugang zum Bildungsweg eröffnen. Die Landesregierung ist hier in der Verantwortung, ausreichend Lehrpersonal bereitzustellen. Die Flüchtlingskinder dürfen nicht auf Schulplätze warten müssen!

- Während die Landesregierung die **Inklusion** mit der Brechstange durchsetzen möchte, haben wir im Rhein-Kreis Neuss die Wahlmöglichkeit der Eltern betont und unsere Förderschulen erhalten. Wir wissen, dass wir damit einem Wunsch der Eltern entsprechen.

- Nachdem die Bundesförderung auslief, ist es Landrat Hans-Jürgen Petrauschke gelungen, die Finanzierung der **Schulsozialarbeit** (BuT) bis Ende 2017 sicherzustellen. Bildungspolitik ist jedoch weiterhin Ländersache – wir erwarten daher, dass das Land die Kosten der Schulsozialarbeit ab 2018 vollständig übernimmt und damit unseren Kreishaushalt entlastet.

<u>Sport</u>

Die CDU-Fraktion ist entschlossen, den hohen sportlichen Standard im Rhein-Kreis Neuss zu halten und weiter auszubauen. Durch sehr gute Rahmenbedingungen gewinnen unsere Sportlerinnen und Sportler jedes Jahr

zahlreiche Medaillen bei nationalen und internationalen Wettkämpfen. Auf Antrag von CDU und FDP ist es uns zudem gelungen, die Zahl der **Sportabzeichenerwerber** deutlich zu erhöhen.

Sorgen bereitet uns jedoch die Nutzung von Sporthallen zur **Flüchtlingsunterbringung**. Diese gefährdet unseren Schul- und Vereinssport existenziell. Die Landesregierung muss daher die Flüchtlingsunterbringung in unseren Sporthallen so schnell wie möglich beenden und nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten suchen. Nur durch das Engagement unseres Landrats Hans-Jürgen Petrauschke konnte verhindert werden, dass die Bezirksregierung auch die Radsporthalle Büttgen als Flüchtlingsunterkunft einsetzt.

Vor diesem Hintergrund müssen wir dringend darauf achten, dass

- wir unseren Leistungssportlerinnen und Leistungssportlern im Vorfeld von wichtigen Wettkämpfen weiterhin **adäquate Trainingsmöglichkeiten** bieten.
- Eine Abwanderung in andere Sportregionen muss verhindert werden.
- der Sport wird auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur **Integration von zugewanderten Menschen** leisten. Viele Integrationsangebote der Sportverbände scheitern jedoch daran, dass viele Sporthallen belegt sind.

Eine **moderne und leistungsfähige Sportpolitik** muss den Bedürfnissen im Gesundheitssport, im Breitensport oder im leistungsorientierten Wettkampfsport folgen und entsprechende Sportstätteninfrastruktur, gut ausgebildete Übungsleiterinnen und Übungsleiter oder Trainerinnen und Trainer und individuelle Förderprogramme vorhalten.

Als öffentliche Hand können wir nicht nur ein hohes ehrenamtliches Engagement in unseren Vereinen nutzen – wir müssen auch die Rahmenbedingungen schaffen. Und die bekommen wir nicht zum Nulltarif!

Kreiskrankenhäuser

Unsere beiden Kreiskrankenhäuser in Grevenbroich und Dormagen sichern eine ortsnahe Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger auf anerkanntem medizinischem und technischem Niveau.

Für die Zukunft der Kreiskrankenhäuser ist uns wichtig,

- Weiterhin eine **hochwertige medizinische Versorgung** sicher zu stellen.

- Dass wir die Kooperationen ausbauen und nach weiteren **Synergieeffekten** mit anderen Krankenhäusern und ambulanten Partnern suchen.

- Die beiden Kreiskrankenhäuser **wirtschaftlich zu stärken** und weiterhin vom Kreishaushalt unabhängig zu halten.

- Dass die Landesregierung endlich den **Investitionsstau** in unserer Krankenhauslandschaft beseitigt und deutlich mehr Gelder für die Zukunft der Krankenhäuser bereitstellt. Dies ist ihre gesetzliche Pflicht, hier besteht dringender Handlungsbedarf, entweder für mehr Geld oder für einen strukturellen Umbau der Krankenhauslandschaft, so dass die bestehenden Krankenhäuser wirtschaftlich und gut arbeiten können! Es kann doch nicht sein, dass die Krankenhäuser aus den mit den Krankenkassen abgerechneten Entgelten zusätzlich die Investitionskosten erwirtschaften müssen!

Ich freue mich, dass es uns gemeinsam gelungen ist, die **Notfallpraxis in Dormagen** zu erhalten. Für eine ortsnahe Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger im Notfall ist dies ein großer Erfolg – übrigens nicht nur für Dormagen, sondern auch für Rommerskirchen, Jüchen und den weiteren Kölner Norden.

Umwelt, Planung, Straßenbau, Nahverkehr

Es ist erfreulich, dass sich unsere beschlossenen Projekte in den Bereichen Umwelt, Planung, Nahverkehr und Straßenbau so positiv entwickeln:

- Unsere CDU-Initiative **„Masterplan Grün“** hat für den nördlichen Rhein-Kreis Neuss zahlreiche Projektvorschläge gefunden, die in Zusammenarbeit mit unseren Städten und Gemeinden nun zeitnah umgesetzt werden. Ziel dieser Maßnahmen ist eine Stärkung unserer Kulturlandschaft im Rhein-Kreis Neuss.

- Die **Regiobahn** eilt von Fahrgastrekord zu Fahrgastrekord. In den Qualitätsberichten erzielt die Regiobahn stets Bestnoten in den unterschiedlichsten Bereichen, zuletzt im Februar dieses Jahres in den Bereichen Kundenzufriedenheit und Pünktlichkeit. Es ist daher richtig, dass die Strecke sowohl nach Osten als auch nach Westen weiter ausgebaut wird.

- Unsere **Abfallwirtschaft** werden wir nach 2016 neu organisieren müssen. Unser Ziel ist es, dass die Gebühren stabil bleiben – möglicherweise ergeben sich sogar Spielräume für eine Gebührensenkung. Die CDU-Fraktion begrüßt, dass das Land endlich einen Kurswechsel vollzogen, die Entsorgungsregionen neu zugeschnitten hat und damit eine Benachteiligung des Rhein-Kreises Neuss vermieden werden konnte.

- Nachdem sich die Landesregierung aus der Finanzierung zurückgezogen hat, trägt der Rhein-Kreis Neuss insgesamt 9 Mio. Euro für den **Neubau der K37n**. Es ist damit die größte und eine der bedeutendsten Straßenbaumaßnahmen unseres Tiefbauamtes. Auch hier übernimmt der Rhein-Kreis Neuss anstelle des Landes Verantwortung und ich freue mich, dass mehrere Arbeiten an der K37n bereits fertig gestellt sind.

- Meine Damen und Herren, ein **modernes, leistungsfähiges Straßennetz** ist für den Rhein-Kreis Neuss, seine Unternehmen und Arbeitsplätze von überragender Bedeutung. Die Landesregierung muss endlich mehr in den Neu- und Ausbau unserer Straßen investieren, damit unsere Region auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.

Kultur

Unsere kulturellen Angebote im Rhein-Kreis Neuss sind hoch attraktiv und vielfältig. Sie reichen von Schloss Dyck, das jedes Jahr immer neue Besucherrekorde bricht, bis zu unserer Kreisjugendmusikschule, die in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiert.

- Die CDU-Fraktion begrüßt die Nachfolgeregelung im **Kreismuseum Zons**. Ich bin sicher, das Museum wird mit neuer Leitung und neuen Konzepten eine hervorragende Zukunft vor sich haben.

- Wir unterstützen die Gespräche der Verwaltung mit der Stadt Dormagen über eine **Übernahme der städtischen Musikschule**. Unser Ziel ist, dass eine mögliche Übernahme für alle Beteiligten wirtschaftlich ist. Sollte das Prüfergebnis positiv sein, würden sich daraus zahlreiche Synergieeffekte ergeben und es wäre ein weiteres erfolgreiches Projekt in der interkommunalen Zusammenarbeit.

<u>Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz</u>

Interkommunale Zusammenarbeit leisten wir auch im Rettungswesen. Die Anschaffungskosten der **digitalen Alarmierung**, etwa 850.000 Euro, sind in diesem Haushalt enthalten. Der Kreis hat sich bereit erklärt, die Erstanschaffung vorzunehmen, damit die Städte und Gemeinden mit einem einheitlichen System ausgerüstet sind. Die Anschaffung der digitalen Meldeempfänger ist übrigens ein weiteres Beispiel dafür, dass der Kreis seine Städte und Gemeinden entlastet.

- Daneben leisten unsere **Kreisleitstelle, unsere Feuerwehren, die Hilfsorganisationen und das THW** hervorragende Arbeit bei der Rettung und Betreuung von Flüchtlingen.

- Wir arbeiten weiter an der Umsetzung des **Rettungsdienstbedarfsplans**. Die Stationierung des Rettungswagens in Kaarst wird in Kürze abgeschlossen sein. Für die Stationierung eines Rettungswagens in Rommerskirchen unterstützen wir unsere Verwaltung in ihren Gesprächen mit den Krankenkassen.

- Das Berufsbild des **Notfallsanitäters** ist neu eingeführt worden. Für die operative Umsetzung ist die Landesregierung zuständig, die, was die Finanzierung dieser Ausbildung betrifft, die Kommunen wie so oft im Unklaren lässt. Da unsere Verwaltung den Handlungsbedarf frühzeitig erkannt hat, hat sie bereits mit Unterstützung der Hilfsorganisationen die notwendigen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen begonnen, in der Hoffnung, das Geld irgendwann erstattet zu bekommen.

Zusammenfassung

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen:

- Anstelle des Landes muss der Rhein-Kreis Neuss an vielen Stellen die finanzielle Verantwortung übernehmen. Auf Landesebene ist ein Politikwechsel dringend nötig!

- CDU und FDP verabschieden heute einen soliden und zukunftsorientierten Haushalt, der bereits im Plan ausgeglichen ist und im Ergebnis wirtschaftlich sein wird. Der Haushalt ist zudem städte- und gemeindefreundlich, weil wir an vielen Stellen eine Entlastung erreichen konnten.

- CDU und FDP haben mit den vielen fleißigen und kreativen Menschen hier vor Ort den Rhein-Kreis Neuss an die Spitze in Nordrhein-Westfalen gebracht – und wir haben zahlreiche Ideen und Konzepte, wie wir unsere Vorreiterrolle auch in Zukunft erhalten und ausbauen können.

- Nur mit CDU und FDP gibt es einen klaren Vorrang für wirtschaftliche Stärke, Ausbildung und Arbeitsplätze, damit wir unseren Wohlstand sichern und unser starkes soziales Netz langfristig erhalten können.

- Ich danke unserem Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, der unermüdlich für unseren Rhein-Kreis Neuss im Einsatz ist und hervorragende Arbeit leistet. Ich danke ebenfalls unserem Kreisdirektor Dirk Brügge, unserem Kämmerer Ingolf Graul, unseren Dezernenten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung, die jeden Tag ihren Beitrag dazu leisten, dass unser Rhein-Kreis Neuss an der Spitze in Nordrhein-Westfalen steht.

- Ganz herzlich danke ich unserem Koalitionspartner, den Freien Demokraten, für die stets verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

- Auch der UWG möchte ich für ihre Unterstützung ganz herzlich danken.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2016/ 2017 ist verlässlich, solide, vorausschauend und zukunftsorientiert. Die CDU-Fraktion wird diesem Haushalt heute zustimmen, und ich lade alle Fraktionen und Gruppen ein, diesem Haushalt ebenfalls zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!